



Presseschau vom 02.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen* in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolai Protopopow: Massenmobilität hieß in der Sowjetunion: „Buckel“ mit V4-Benziner

Die Qualität war passabel, die Fahreigenschaften für die damalige Zeit gerade gut genug, vor allem aber überzeugte der Preis: Für 1800 Rubel konnte der Sowjetbürger in den Individualverkehr einsteigen – so viel kostete der Kleinwagen SAS-965, als dessen erstes Exemplar vor 60 Jahren vom Band rollte. ...

<https://sptnkne.ws/DRb6>

deutsch.rt.com: Übernimmt die Bundeswehr jetzt das Gesundheitsministerium?

Die zentrale "Corona-Abteilung" im Bundesgesundheitsministerium war erst kurz vor der Ausbreitung des Virus in Deutschland geschaffen worden. Geleitet wird sie von einem General. Unterdessen wird die Corona-Amtshilfe der Bundeswehr nicht überall gern gesehen.

...

<https://de.rt.com/2ata>

de.sputniknews.com: Von Italien bis Kuba: Darum beteiligen sich Lehrer aus aller Welt an russischem Digital-Wettbewerb

In 40 Ländern läuft bereits seit zwei Jahren der Wettbewerb „Knowledge Up!“ für Pädagogen russischer Schulen im Ausland, die im Unterricht auf digitale Technologien setzen. Was bringt das den Lehrern? Warum müssen die Teilnehmer aus aller Welt nach Moskau fliegen? Und

was können sie voneinander lernen? ...

<https://sptnkne.ws/DRjE>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Erdogan kritisiert Position der Minsker OSZE-Gruppe für Bergkarabach**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die Minsker OSZE-Gruppe für Bergkarabach kritisiert und ihre Appelle nach einer Feuereinstellung in der Region als unzulässig abgewiesen.

„Die Minsker Gruppe, zu der die USA, Russland und Frankreich gehören, war im Laufe von 30 Jahren nicht imstande, das Karabach-Problem zu lösen“, sagte Erdogan am Donnerstag im Landesparlament.

„Und heute versucht sie (die Gruppe), einen Weg zur Aussöhnung vor dem Hintergrund negativer Ereignisse zu finden, was unzulässig ist. Sollte tatsächlich der Wunsch bestehen, (eine Lösung) herbeizuführen, würden die Okkupanten diese Territorien zu verlassen haben. Nur so wird das Problem vom Tisch kommen“, betonte der türkische Präsident.

Er habe das Problem mit seinen Amtskollegen aus Russland, den USA und Frankreich erörtert. „Das Resultat blieb aus. Unsere Brüder können nicht in ihre Häuser zurückkehren. Jetzt ist höchste Zeit, um Resultate herbeizuführen. Und Aserbaidschan unternimmt Schritte, um die Nabelschnur selbstständig zu durchtrennen“, sagte Erdogan. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/01/328060558_286:357:2161:1371_1000x541_80_0_0_599cd7d09f11c9a953b15d133b439d04.jpg

de.sputniknews.com: **Nach Gewalteskalation in Bergkarabach: Armenien ruft seinen Botschafter in Israel zurück**

Armenien hat seinen Botschafter in Israel für Konsultationen abberufen. Dies verkündete am Donnerstag die Pressesprecherin des Außenministeriums in Jerewan, Anna Nagdaljan, bei einem Pressebriefing.

Grund für den Schritt ist laut der Amtsvertreterin die Lage in der Region Bergkarabach.

„Es ist für uns inakzeptabel, dass Israel supermoderne Waffen nach Aserbaidschan liefert, besonders jetzt, bei einer Aggression Aserbaidschans (gegen Bergkarabach – Anm. d. Red.) unter Unterstützung der Türkei“, so Nagdaljan.

Die Situation um Bergkarabach hatte sich am 27. September zugespitzt. Baku und Jerewan machen sich gegenseitig für die Verschärfung der Lage verantwortlich. Armenien rief wegen der Zuspitzung den Kriegszustand und eine allgemeine Mobilmachung aus. Das aserbaidschanische Parlament beschloss ebenfalls, in einigen Städten und Regionen das Kriegsrecht auszurufen. Auf beiden Seiten gibt es inzwischen Tote zu beklagen. Die Gefechte

dauern an.

Die Türkei erklärte ihre Bereitschaft, Aserbaidschan im Bergkarabach-Konflikt sowohl am Verhandlungstisch als auch auf dem Gefechtsfeld zu unterstützen. Nach Ansicht der Türkei hält Armenien seit Jahrzehnten aserbaidschanisches Land besetzt.

Moskau reagierte darauf umgehend und betonte, dass jegliche Erklärungen über eine militärische Unterstützung für Armenien oder Aserbaidschan den Bergkarabach-Konflikt nur befeuern würden. Laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow lehnt Russland diesen Ansatz entschieden ab. Auch im Rahmen des Militärbündnisses OVKS zwischen Russland und Armenien als Bündnispartner ziehe Russland derzeit keine militärische Unterstützung in Erwägung.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/01/328060703_0:400:2993:2019_1000x80_0_1_02365ac3d4c2607f135e37b9433edfeb.jpg

de.sputniknews.com: **Lawrow: Berlin geht auf Eindämmungskurs gegenüber Russland – doch lassen sich Spannungen abbauen**

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow hat Berlin einen Kurs zur Eindämmung Russlands eingeschlagen, aber die Spannungen können zugunsten der Interessen beider Länder überwunden werden.

„In Berlin ist jetzt ein Kurs eingeschlagen worden, Russland einzudämmen. Es werden unbegründete Anschuldigungen, Ultimaten und Drohungen uns gegenüber laut. Einige deutsche Politiker weisen klaffende Lücken im Gedächtnis auf, wenn es um die historische Bestimmung unserer Länder in Angelegenheiten Europas und der Welt geht. Die Zeit der Spannungen kann zum Wohle der Grundinteressen Russlands und Deutschlands, aber auch zum Wohle der Schaffung von Grundlagen der internationalen Kommunikation, die auf die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Widerstand gegen echte Herausforderungen für die Menschheit abzielen, überwunden werden. Die Chancen, diese Perspektive beizubehalten, bleiben bestehen“, sagte Lawrow in seiner Ansprache an die Organisatoren und Teilnehmer des Diskussionsforums „Wegmarken der deutsch-sowjetischen Beziehungen“.

Ihm zufolge wird vieles von der Reife der Vertreter der Zivilgesellschaft abhängen, von ihrer Fähigkeit, die Wahrheit sorgfältig und ehrlich zu verteidigen und ihr Wissen und ihre Erfahrung an junge Generationen weiterzugeben.

„Dreißig Jahre nach (der Wiedervereinigung Deutschlands – Anm. d. Red.) wird es nicht fehl am Platz sein, daran zu erinnern, dass gerade unser Land eine entscheidende, prägende Rolle bei der schnellstmöglichen Wiederherstellung der deutschen Einheit spielte, gegen die sich übrigens eine Reihe von Verbündeten der BRD aussprachen“, so der russische Außenminister weiter.

Die logische Konsequenz der „2 + 4“-Verhandlungen sei der Abschluss grundlegender Abkommen zwischen der UdSSR und Deutschland gewesen, deren Kern der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit gewesen sei. Zudem sei im November

1990 auf einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) die Charta von Paris verabschiedet worden, die das Ende der „Ära der Konfrontation und Teilung Europas“ dokumentiert habe.

„Dadurch ist die Beseitigung von Hindernissen für den Bau eines wirklich gemeinsamen europäischen Hauses ohne Trennlinien proklamiert und der Weg geebnet worden, um die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland auf das Niveau einer strategischen Partnerschaft zu bringen“, betonte Lawrow.

Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte Russland am Mittwoch erneut auf, den Vorfall mit Alexej Nawalny zu klären. Dabei betonte sie, dass dies keine bilaterale, sondern eine internationale Angelegenheit sei, auf die die EU nach dem Erhalt der Untersuchungsergebnisse von der OPCW (Organisation für Verbot chemischer Waffen) reagieren werde. Bundesaußenminister Heiko Maas sagte auf der 75. Tagung der UN-Generalversammlung, dass Deutschland und seine Partner einen Verstoß gegen das Verbot des Chemiewaffeneinsatzes in der Situation mit Nawalny sehen würden.

Das russische Außenministerium erklärte seinerseits, dass diese Anschuldigungen Berlins die antirussische Linie in Bezug auf den Fall Nawalny fortsetzen würden. Zudem sei es ein Versuch, die Verantwortung für die eigene mangelnde Bereitschaft, in diesem Fall mit Moskau zusammenzuarbeiten, auf andere zu verlagern. ...

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Oktober wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprengeinrichtungen festgestellt:

- um 16:45 Uhr im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja.
- um 19:40 Uhr im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja.
- um 21:37 Uhr im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja.

de.sputniknews.com: Rohrverleger für Nord Stream 2: „Akademik Cherskiy“ verlässt Hafen Mukran

Das Rohrverlegeschiff „Akademik Cherskiy“ ist nach mehreren Monaten pausenloser Standzeit aus dem deutschen Hafen Mukran, wo sich der logistische Terminal des Bauprojekts Nord Stream 2 befindet, ausgelaufen. Das geht aus Angaben der Monitoring-Ressourcen „Marine Traffic“ und „Myshiptracking“ hervor.

Der Hafen wurde demnach am Donnerstag verlassen. Obwohl sich das Schiff vom Hafen entfernt, wird im System erneut der Hafen Mukran als Endziel gezeigt. Mehrere Stunden später stoppte der Rohrverleger.

Laut Angaben des Systems „Myshiptracking“ soll das Schiff am 8. Mai 2021 in den Hafen zurückkehren.

Am Donnerstag war berichtet worden, dass der Nord Stream 2 AG eine Genehmigung zum Betrieb der Nord Stream 2-Gaspipeline erteilt wurde. Es gehe um ein Gebiet auf dem dänischen Festlandsockel. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/1b/327574228_0:39:3067:1698_1000x0_80_0_1_03a69a30242a8a92c8feb3fa804e1c71.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 1. Oktober 3:00 Uhr bis 2. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 3.

Auf das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Gorlowka: Unterlaufgranatwerfer – 3 Granaten;

Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – 3 Granaten; Unterlaufgranatwerfer – 3 Granaten.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Dolomitnoje, Leninskoje.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Außerdem wurde folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt:
- um 11:25 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje die Durchführung technischer Arbeiten festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 9.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 2.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Russlands UN-Botschafter: Anschuldigung Nawalnys gegen Putin unmoralisch

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat die Behauptung des Kreml-Kritikers und Bloggers Alexej Nawalny, hinter dem Giftanschlag auf ihn stehe der russische Präsident Wladimir Putin, als unmoralisch und beleidigend bezeichnet.

Nach seiner Entlassung aus der stationären Behandlung in der Berliner Klinik Charité sagte Nawalny gegenüber dem „Spiegel“: „Ich behaupte, dass hinter der Tat Putin steht, und andere Versionen des Tathergangs habe ich nicht.“

„Wir bekommen heute viel zu hören, dass Nawalny erklärt haben soll, er sei überzeugt, dass Putin dahinterstehe und er keine anderen Versionen sehe. Ich möchte nicht einmal fragen,

wofür Putin so etwas bräuchte. Das ist ein Absurdum im Prinzip“, sagte Nebensja auf einer Pressekonferenz.

„Aber ich möchte sagen: Allein schon eine Erklärung dieser Art (...) ist beleidigend. Es ist unmoralisch, so etwas zu behaupten, ganz zu schweigen von der simplen Frage: Wozu brauchen Russland und die russischen Behörden so etwas?“, sagte der UN-Botschafter. ...

Lug-info.com: Am 1. Oktober um 9:00 Uhr sind in der LVR 1000 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon wurden nach zwei negativen Tests insgesamt 786 Personen als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie wurden in der LVR 37 Todesfälle registriert.

deu.belta.by: Andrejtschenko: **Belarussen beschließen selbst über das Schicksal des Landes**

Die Belarussen werden selbst über das Schicksal des Landes auf gesetzlicher Basis beschließen. Das erklärte der Vorsitzende der Repräsentantenkammer Wladimir Andrejtschenko bei der Eröffnung der vierten Tagung der Nationalversammlung von Belarus siebenter Legislaturperiode.

„Unser Land spürt einen präzedenzlosen äußeren und inneren Druck. Man prüft uns auf Standhaftigkeit und setzt uns einer nie dagewesenen Informationsaggression aus. Das Schicksal von Belarus wird nicht bei Straßenaktionen unter zweifelhafter äußerer Vermittlung, sondern von Belarussen selbst im Rahmen des Rechtsfeldes beschlossen“, sagte Wladimir Andrejtschenko.

Ihm zufolge bestimmt die derzeitige Lage die Arbeit der Abgeordneten in den Wahlkreisen in vielerlei Hinsicht. „Wir sehen deutlich die Probleme, über die sich die Bürger beunruhigen. Im Fokus müssen Beschäftigung, Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Auszahlung von Löhnen, Renten, sozialen Beihilfen stehen. Man muss weiterhin gegen das Coronavirus kämpfen. Unserer Unterstützung bedürfen nach wie vor Behinderte, allein stehende ältere Menschen, kinderreiche Familien“, sagte der Sprecher.

Wladimir Andrejtschenko hob hervor, dass es wichtig ist, auf öffentliche Initiativen vor Ort zu achten und eine gemeinsame Sprache mit Jugendlichen zu finden. Gerade junge Menschen können manchmal die Situation nicht objektiv einschätzen. „Die meisten Belarussen bewerten die Lage in überwiegender Mehrheit realistisch und erfüllen verantwortlich ihre Zivilpflicht. Sie gaben ihre Stimmen für das Recht ab, im souveränen Land zu leben, ruhig zu arbeiten und ihre Zukunft selbstständig zu bestimmen. Alle Patrioten von Belarus müssen sich unabhängig von ihren politischen Positionen rund um die wichtigsten Werte zusammenschließen. Das sind Frieden und Eintracht, Unabhängigkeit und sozialer Wohlstand. Die Parlamentarier müssen sich um die Erreichung dieser Ziele bemühen“, resümierte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1601626381_53008_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 1. Oktober wurden in der DVR 90 neue Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

In den letzten 24 Stunden wurden 17 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es fünf Todesfälle – Männer im Alter von 67, 76, 80 und 89 Jahren und eine Frau im Alter von 58 Jahren.

Am 1. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 3670 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1337 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2123 als gesund entlassen, es gibt 210 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Mutmaßlicher deutscher Rechtsextremist bei Anti-Terror-Einsatz in Polen gefasst**

Polnische Einsatzkräfte haben nach Angaben der Regierung in Warschau einen deutschen Rechtsextremisten festgenommen.

Der Mann ist laut dem Ministerium für Geheimdienstkoordination bereits in der vergangenen Woche in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern im Nordwesten des Landes gefasst worden. Er stehe im Verdacht, Mitglied einer „organisierten kriminellen Gruppe mit terroristischem Charakter“ zu sein, die in Polen und anderen Ländern aktiv sei.

Weitere Details

„Im Internet, vor allem in sozialen Netzwerken, zeigte er seine radikalen, gegen das System gerichteten Ansichten und unterstützte rechtsextreme Organisationen“, hieß es.

Ein Sprecher des Ministeriums sagte dem Radiosender „Wnet“, dass es sich um einen gefährlichen Extremisten mit Verbindungen zu radikalen rechten Gruppierungen handle, die in Deutschland aktiv seien. Der Mann sei „deutscher Staatsbürger und ethnischer Deutscher“, so der Sprecher weiter. Die kriminelle Gruppe, der er angehöre, habe möglicherweise Terroraktionen geplant.

Durchsuchungen

Bei der Durchsuchung der Wohnung und des Arbeitsplatzes des Verdächtigen sollen insgesamt 1,2 Kilogramm Sprengstoff in fester und flüssiger Form entdeckt worden sein, außerdem Munition, Zünder sowie eine Tränengasgranate.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann unerlaubten Waffen- und Munitionsbesitz vor. Nach Angaben der Agentur PAP drohen ihm dafür bis zu acht Jahre Haft. Der Verdächtige wurde für drei Monate vorübergehend in Haft genommen. Die Ermittlungen hielten an, weitere Festnahmen seien nicht ausgeschlossen, so das Ministerium.

Nach den Ermittlungen des Inlandsgeheimdienstes ABW sei befürchtet worden, dass der Mann eine Schusswaffe und Sprengstoff besitzen könnte, sagte der Ministeriumssprecher der PAP. Aus diesem Grund seien an der Aktion Anti-Terror-Einheiten, Pyrotechniker und Minenräum-Spezialisten beteiligt gewesen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32307/61/323076177_0:64:3217:1805_1000x541_80_0_0_7e1e138b98a84dca6e89e5f28782e90d.jpg

nachmittags:

deu.belta.by: Lukaschenko und Putin besprechen internationale Probleme und COVID-19

Heute fand ein Telefongespräch zwischen dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin statt. Während des Gesprächs diskutierten die Staatschefs über viele Themen. Das gab der Pressedienst des belarussischen Staatschefs bekannt.

Im Fokus standen internationale Probleme, unter anderem die Situation in Bergkarabach. Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin tauschten die Meinungen über die Lage innerhalb des Landes aus.

Hohe Aufmerksamkeit wurde der COVID-19- Ausbreitung geschenkt.

Die Präsidenten gingen auf die Wiederaufnahme des Flug-, Eisenbahn- und Automobilverkehrs zwischen beiden Ländern ein.

Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin analysierten die stattgefundenen gemeinsamen Militärübungen „Slawische Bruderschaft -2020“.

Die Staatschefs berieten ausführlich über die Ergebnisse des 7. Forums der Regionen von Belarus und Russland, unterstrichen die ausschlaggebende Rolle von direkten Kontakten in bilateralen Beziehungen auf der Ebene der Leiter der Regionen und Betriebe. Die Präsidenten seien überzeugt, dass die Bürger beider Staaten positive Resultate dieser gemeinsamen Arbeit spüren müssen.

mil-lnr.su: Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko
Ein weiteres Mal gewährt die Volksmiliz der LVR auf offizielle Anfrage der ukrainischen Seite Sicherheitsgarantien zum Einsatz von Spezialflugzeugen zur Löschung der Brandherde in der Nähe der Kontaktlinie auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium der Oblast Lugansk. Inzwischen hat der Brand mehr als 30 Ortschaften erfasst, in der Folge starben elf örtliche Einwohner, 17 wurden unterschiedlich schwer verletzt und sind im Krankenhaus.

deutsch.rt.com: „Zeigen Sie es im TV zur Hauptsendezeit“: Nawalny verklagt Kremlsprecher Peskow wegen CIA-Vorwürfen

Ein verbaler Schlagabtausch zwischen dem Oppositionspolitiker Alexei Nawalny und Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag endete mit der Ankündigung Nawalnys, Peskow verklagen zu wollen. Der Pressesprecher hatte ihn zuvor beschuldigt, mit der CIA

zusammenzuarbeiten.

Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel hatte am Donnerstag das erste große Interview mit Alexei Nawalny nach seiner angeblichen Vergiftung veröffentlicht, in dem der Oppositionspolitiker behauptete, hinter der Tat stehe der russische Präsident Wladimir Putin. Der Kreml wies Nawalyns Vorwürfe als "absolut nicht zulässig" zurück. Putins Pressesprecher Dmitri Peskow betonte:

„Wir glauben, dass solche Anschuldigungen gegen den russischen Präsidenten absolut unbegründet und nicht zulässig sind. Ferner möchte ich sagen, dass wir einige dieser Aussagen in dem genannten Bericht als absolut anstößig und auch inakzeptabel betrachten.“ In demselben Gespräch mit Reportern sagte Peskow, Nawalny sei mit ausländischen Spezialdiensten verbunden:

„Wahrscheinlich ist es nicht der Patient, der für die westlichen Spezialdienste arbeitet, sondern die westlichen Geheimdienste, die mit ihm zusammenarbeiten – das wäre korrekter. Ja, solche Informationen gibt es. Ich kann es noch konkreter formulieren: Derzeit arbeiten Spezialisten der CIA mit Nawalny zusammen.“

Peskow erklärte zudem, Nawalny könne jederzeit nach Russland zurückkehren, um seine Behandlung fortzusetzen. Das Leben des Aktivisten sei ebenso in Russland gerettet worden. Noch am selben Tag reagierte Nawalny in seinem Blog auf die Vorwürfe. Falls die staatlichen Behörden, in deren Namen Peskow spreche, „Beweise für diesen Unsinn“ hätten, sei dies eine Frage der Sicherheit Russlands, alle Beweise offenzulegen. Er kündigte an, Peskow verklagen zu wollen:

„Dies ist eine direkte Behauptung eines Regierungsbeamten. Daher werde ich erstens eine Klage gegen Peskow einreichen. Und zweitens fordere ich, Beweise und Fakten offenzulegen, die darauf hindeuten, dass ich mit 'Spezialisten der CIA zusammenarbeite'. Zeigen Sie es im Fernsehen direkt zur Hauptsendezeit. Meine Erlaubnis haben Sie.“

Russland bekräftigte mehrmals, an einer Aufklärung des Vorfalls interessiert zu sein. Dafür seien Informationen jener Stellen nötig, die Spuren einer Vergiftung gefunden haben wollen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f76f5c0b480cc522135a7ea.jpg>

de.sputniknews.com: **Der Kreml wünscht dem Corona-infizierten US-Präsidenten baldige Genesung**

Der Kreml wünscht dem US-Präsidenten Donald Trump, der sich mit dem Coronavirus infiziert hat, eine baldige und leichte Genesung, teilte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, mit.

„Wir wünschen Präsident Trump selbstverständlich eine baldige und leichte Genesung“, sagte Peskow gegenüber Journalisten in einer Stellungnahme zum Bericht über die Ansteckung Trumps mit dem Sars-CoV-2.

Zuvor hatte Trump mitgeteilt, dass bei ihm und der First Lady Melania Trump eine Coronavirus-Infektion bestätigt worden sei. Trumps behandelnder Arzt Sean Conley erklärte, dass der Präsident und seine Ehefrau sich wohl fühlten, und er hoffe, dass Trump seinen Pflichten als Staatschef „ohne jegliche Stockungen“ weiter nachkommen werde.

Alexander Ginzburg, der Direktor des Gamaleya-Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau, in dem der weltweit erste Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt wurde, hat sich bereit erklärt, dem erkrankten US-Präsidenten zu helfen, wenn ein offizielles Ersuchen an die russischen Behörden gestellt werden sollte.

„Wie ich glaube, werden wir ihnen helfen können, wenn sie sich offiziell an die russischen Behörden wenden“, so Ginzburg.

Er riet den Kollegen des US-Präsidenten, sich mit dem russischen Vakzin impfen zu lassen.

„Ich denke, sie werden schon mit ihrem Präsidenten ins Reine kommen. Gott gebe, dass bei ihnen alles gut läuft. Es wäre unter anderem gut, dem US-Präsidenten den russischen Impfstoff zu verabreichen“, meinte der Entwickler des Vakzins „Sputnik V“.

Auf die Anmerkung, Trump sei bereits positiv auf das Coronavirus getestet worden, antwortete Ginzburg: „Dort gibt es auch einen Vize-Präsidenten.“

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 26. September bis 2. Oktober 2020

In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der BFU **drei Feuerprovokationen** in Richtung Gorlowka und Mariupol begangen. Von den Positionen des 2. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade der BFU in der Nähe von Nowoluganskoje wurde zweimal das Feuer mit Unterlaufgranatwerfern auf **Dolomitnoje** eröffnet. In Richtung der Ortschaft wurden drei Granaten abgefeuert. Von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU in der Nähe von Wodjanoje haben ukrainischen Strafruppen Hand- und Unterlaufgranatwerfer eingesetzt und sechs Granaten in Richtung **Leninskoje** abgefeuert.

Außerdem wurden im Gebiet von Wodjanoje drei Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade bemerkt, die **technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der eingenommenen Positionen** durchführten.

Seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung, **im Zeitraum vom 27. Juli bis 2. Oktober 2020, haben wir 164 Verstöße von Seiten der BFU festgestellt**, darunter:

61 mal hat der Gegner Feuerprovokationen begangen und so den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zur Eröffnung des Feuers, einschließlich des Scharfschützenfeuers.

25 mal haben Einheiten der 54. mechanisierten Brigade, der 56. Panzergrenadierbrigade und der 35. Marineinfanteriebrigade Drohnen eingesetzt, was eine grober Verstoß gegen den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands ist, nämlich des Verbot zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten.

Außerdem haben unsere Beobachter 78 Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen von Einheiten der 53. und 54. mechanisierten Brigade, der 35. und 36. Marineinfanteriebrigade, der 79. Luftsturmbrigade und der 56. Panzergrenadierbrigade bemerkt, was auch eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen ist, nämlich des Verbots von Versuchen, die Ausgangspositionen der Stationierung der Truppen zu verändern, und der zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen.

So nutzt das ukrainische Kommando das Regime der Feueereinstellung zur faktischen Verbesserung seiner Positionen. Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission solche Verstöße der ukrainischen Seite in den Berichten vom 25. September bis 1. Oktober 2020 erfasst.

In der letzten Woche hat der Gegner 24 Mal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung

und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung verletzt.

Kämpfer der BFU haben 20 Feuerprovokationen im Verantwortungsbereich der 24., 36., 54., 56. und 79. Brigade auf die Gebiete von Luganskoje, Leninskoje, Spartak, Dolomitnoje, Nowaja Tawrija, der Siedlung des Bergwerks 6/7 von Gorlowka begangen und so den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zur Eröffnung des Feuers.

Außerdem wurden in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der eingenommenen Positionen der 35., 36. und 56. Brigade der BFU festgestellt.

Unsere Aufklärung bestätigt die **Stationierung von Waffen und Technik durch Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium, was auch eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstands ist und das Leben und die Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet.

In der letzten Woche wurden Fälle von Stationierung von 40 Stück Technik der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt:

aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

in der Nähe von Memrik – sechs T-64-Panzer;

in Miroljubowka – acht 152mm-Haubitzen „Giazint-B“ und ein 100mm-Antipanzergeschütz MT-12 „Rapira“;

in der Nähe von Nowosjolowka – zwei Schützenpanzerwagen;

aus dem Bestand der 24. mechanisierten Brigade:

am Rand von Paraskowjewka – drei T-72-Panzer;

aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

in Beresowoje – ein Schützenpanzerwagen;

in Nowotroizkoje – ein Schützenpanzer;

ein Schützenpanzer in der Nähe von Bogdanowka;

ein Schützenpanzerwagen in Trudowskije;

ein Abwehrraketensystem (9K33 „Osa“) in der Nähe von Waljerjanowka;

eine 152mm-Haubitze 2A65 „Msta-B“ in Nowomajorskoje;

aus dem Bestand der 79. Luftsturmgruppe:

in der Nähe von Slawnoje – ein Schützenpanzerwagen;

in Marjinka – ein Schützenpanzerwagen;

in Shelannoje Perwoje – ein Schützenpanzer;

drei Schützenpanzerwagen, ein Abwehrgeschütz 3U-23 und ein Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Taramtschuk;

aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Nowgorodskoje;

aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade;

in einem Wohngebiet von Tschernenko – ein Abwehrraketensystem (9K35 „Strela-10“) und zwei Abwehrraketensysteme (3SU-23-4 „Schilka“, 23,,);

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Gnutowo.

Fälle der Stationierung von Technik der BFU in der Nähe von Wohngebieten werden auch von Beobachtern der OSZE-Mission bemerkt.

Um die Entdeckung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu verhindern, vermint der Gegner weiter das Territorium und nutzt Mittel der elektronischen Kriegsführung zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE.

In der letzten Woche wurden 85 Antipanzermine entdeckt, die im Gebiet von Nowgorodskoje im Verantwortungsbereich der 35. Marineinfanteriebrigade installiert wurden, und neun Antipanzermine TM-62, die quer über eine Straße im Gebiet von Beresowoje im

Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade installiert wurden.

Außerdem ist im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Tschermalyk der Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung festzustellen.

Wie wir mehrfach erklärten, hat in dieser Woche die Arbeit einer **Kommission des Stabs der OOS** begonnen, **deren Ziel es ist, die Ursachen, die zu nicht kampfbedingten Verlusten der BFU führen, aufzuklären**. Derzeit arbeitet die Kommission in der 53. Brigade, die vom Kriegsverbrecher Titenko geleitet wird. Allein in der letzten Woche gab es in der Brigade acht nicht kampfbedingte Verluste. In dieser Woche sind es bereits elf, wovon sechs im Zeitraum der Arbeit der Kommission in den Einheiten des Verbandes festgestellt wurden.

Neben der Verheimlichung von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen und Alkoholkonsum durch Soldaten auf den Frontpositionen stellte die Kommission Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils fest, die das Kommando der 53. Brigade nicht an den übergeordneten Stab gemeldet hat.

Die Unzufriedenheit der Kämpfer der 24. Brigade in Bezug auf den neuen Kommandeur Postupalskij nimmt zu. Seine Unfähigkeit, die Arbeit der rückwärtigen Dienste der Brigade zu organisieren und unbedachte Befehle haben zu Unterbrechungen in den Lebensmittel- und Treibstofflieferungen an die Front, zur nicht rechtzeitigen Auffüllung der Treibstoff- und Munitionsvorräte geführt.

Wegen des Fehlens von Treibstoff für die Öfen auf den Positionen sind die Kämpfer gezwungen, die Öfen mit Diesel, den sie von der Technik abzupfen, und mit Pulverladungen aus Artilleriegeschossen zu beheizen. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten. Allein in den letzten zwei Tagen wurden im 2. Bataillon der Brigade drei Brände in Unterständen festgestellt, wovon zwei wegen Bränden von Pulverladungen entstanden.

Gesonderte Aufmerksamkeit verdienen die finanziellen Machenschaften und Abzüge, die mit persönlicher Billigung des Brigadekommandeurs erfolgen. Noch als Bataillonskommandeur wurde Postupalskij mehrfach bei der Bereicherung am Verkauf von Material des Bataillons bemerkt sowie bei Geldabzügen vom Personal für die Gewährung von Urlaub und die Festlegung nicht gerechtfertigter Zuschläge. Vor seinem Amtsantritt hatte der geschäftstüchtige Brigadekommandeur die Möglichkeit, sich auf Kosten der Treibstoff- und Lebensmittellager der Brigade zu bereichern.

Aber nicht alle Soldaten sind mit dieser Politik des Brigadekommandeurs einverstanden. Einer der Kompaniechefs des 2. Bataillons weigerte sich, Treibstoff abzuschreiben, den er nicht erhalten hatte. Als Antwort wurde die Kompanie sorgfältig vom Stab der Brigade kontrolliert, der Offizier erhält ständig disziplinarische Strafen aufgrund erdachter Sachverhalte. Außerdem hat der Brigadekommandeur ihm über den Bataillonskommandeur nachdrücklich empfohlen, sich mit Beschwerden weder an die Ermittlungsorgane noch an der übergeordnete Kommando zu wenden und angemerkt, dass „im Krieg mit jedem ein Unfall mit tödlichem Ausgang geschehen kann“.

Solche Fälle sind in den ukrainischen Streitkräften keine Seltenheit. Vor einigen Tagen endete eine ähnliche Situation für eine Soldatin der 28. mechanisierten Brigade mit einer Tragödie. Ihre Leiche wurde aus dem Fenster geworfen. Die Frau war Finanzexpertin und war Zeugin in einem Strafverfahren in Verbindung mit finanziellen Machenschaften in einem Truppenteil. Eine nicht ruhige Lage ist auch in der 54. Brigade der BFU unter Kommando von Majstrenko zu beobachten. Im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja verließen zwei Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade, die Soldaten Witalij Woronin und Wiktor Belantschuk, die in die 54. Brigade zur Auffüllung des Personaldefizits aufgrund des hohen Krankenstandes mit der Coronavirusinfektion abkommandiert waren, eigenmächtig den Stationierungsort des Truppenteils und verließen dabei eine Position im vorderen Bereich. In einem Telefongespräch mit Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes erklärten die Soldaten ihr Handeln mit ihrem Unwillen, Dienst unter den vom Kommando der 54. Brigade, das sich nicht um die Probleme und Bedürfnisse der Hinzukommandierten kümmern will,

geschaffenen unmenschlichen Bedingungen zu tun. Zu diesem Fall führen Vertreter der östlichen Territorialabteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes eine Überprüfung durch, um die wahren Ursachen dieses Vergehens aufzuklären, nach den Soldaten wird gefahndet.

Alle oben aufgezählten Verstöße sind das Ergebnis der Unfähigkeit der obersten militärischen Führung der BFU ihre Streitkräfte zu leiten.

Unter dem Vorwand der Befreiung des Territoriums des Donbass eröffnen betrunkene Kämpfer das Feuer auf das Territorium unserer Republik. Dadurch sterben friedliche Einwohner, es werden Häuser und die Infrastruktur der Region zerstört und das Kommando der BFU gibt seine Schuld nicht zu und führt lächerliche Strafen für die Verletzung des Regimes der Feueereinstellung ein.

Vor diesem Hintergrund verwundert die Erklärung des Kommandeurs der vereinigten Kräfte der BFU Najew nicht, dass die ukrainische Armee NATO-Prinzipien anwendet, bei denen die Kommandeure der unteren Ebenen breite Vollmachten bei der Planung und dem Einsatz einer Einheit erhalten. Dies ist nichts anderes als ein Versuch des Kommandos der BFU, die Verantwortung für die Verbrechen im Donbass von sich abzuwälzen und sie auf die Schultern des Personals zu legen.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine ist von Worten der Unterstützung Aserbaidshans bei der Aggression gegen Armenien zu Taten übergegangen.

Nach vorliegenden Informationen hat der Generalstab der Ukraine die Lieferung einer Partei Antipanzerraketenkomplexe „Stugna-P“ an Aserbaidshans sowie die Entsendung einer Gruppe von Instruktoren, die die Soldaten der Streitkräfte Aserbaidshans den Umgang mit den Antipanzerkomplexen lehren sollen, gebilligt.

Die Partie Antipanzerraketenkomplexe mit 54 Geschützen und 324 Raketen dazu wird unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe in der nächsten Zeit durch militärische Transportflugzeuge der Ukraine nach Aserbaidshans geliefert werden.

Bereits im Juli dieses Jahres hat das offizielle Kiew sich gegen eine Einmischung in den Armenisch-Aserbaidshansischen Konflikt auf staatlicher gesträubt. Damals dementierte der stellvertretende Außenminister der Ukraine Wassilij Bondar bei einem Treffen mit dem Botschafter Argemiens Tigran Sejarjan die Informationen, dass der SBU über Nationalisten Bürger des Landes zur Beteiligung an Kampfhandlungen gegen Armenien auf der Seite Aserbaidshans anwirbt.

In der letzten Woche wurde mit dem Personal der Einheiten der Volksmiliz der DVR Übungen und Trainings zur Erhöhung des Niveaus der professionellen Fertigkeiten und Kenntnisse durchgeführt.

Es fanden zweiseitige taktische Kompanieübungen mit Panzereinheiten, Kontrollübungen zu Leitung des Feuers mit dem Personal von Mörser- und Artillerieeinheiten statt.

Außerdem wurden in der Republik Maßnahmen zur Umsetzung des in Kraft getretenen Erlasses des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik Nr. 374 vom 27.12.2019 „Über eine zeitweilige Regelung der Renten für Personen, die aus dem Militärdienst ausgeschieden sind, und einige andere Personen und Änderungen am Erlass des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik vom 27. Oktober 2018 Nr. 290“ und des Befehls des Leiters der Volksmiliz der DVR „Über die Bestätigung von Instruktionen über die Organisation der Arbeit zur Vorbereitung und Zuverfügungstellung von Dokumenten zur Zuerkennung von Renten an Personen, die aus dem Militärdienst ausgeschieden sind, sowie Mitgliedern ihrer Familien in den Organen und Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik“, begonnen, was es erlauben wird, die soziale Sicherheit ehemaliger Soldaten und Veteranen der Kampfhandlungen erheblich zu verbessern.

deu.belta.by: „**Aufrufen zum Betriebsstreik nicht gefolgt“: Premierminister lobt Verhalten belarussischer Betriebe**

Der belarussische Premierminister Roman Golowtschenko hat sich heute den Fragen der Abgeordneten in der Repräsentantenkammer gestellt. Er lobte das Verhalten belarussischer Betriebsbelegschaften, weil sie den Streikaufrufen nicht gefolgt waren. Infolgedessen hätten sich die Turbulenzen der ersten Tage nach den Wahlen sehr schnell gelegt.

„Der Staat hat die Situation unter Kontrolle halten können. Aber nicht nur das war entscheidend, sondern eher die Tatsache, dass die Arbeiter den Streikaufrufen nicht gefolgt sind“, sagte Golowtschenko.

Nach seiner Information waren es oft fremde Personen, die sich als Betriebsmitarbeiter oder Gewerkschafter ausgaben und die Arbeiter zum Streik anheizten. „Natürlich war die Atmosphäre nach den Präsidentenwahlen sehr heiß. Man war emotional beladen, es gab viele Unzufriedene, es gab aber auch viele Provokateure. Aber das allgemeine Bestreben nach Frieden und Harmonie hat die Oberhand gewonnen“, glaubt der Regierungschef.

„Die Arbeiter haben sich reiflich überlegt, was sie in dem Falle erwarten könnte, wenn sie den leeren Versprechen folgen: Anarchie, fehlende soziale Garantien. Der gesunde Menschenverstand hat gesiegt. Sehr schnell haben einige Betriebe nach anfänglichen Turbulenzen ihre normale Arbeit fortgesetzt“, fügte er hinzu.

Der Regierungschef machte auch darauf aufmerksam, dass die meisten belarussischen Betriebe auch in Zeiten der Corona-Pandemie nicht geschlossen wurden. Sie haben die Gelegenheit genutzt, das Produktionsvolumen zu vergrößern und Exporte zu steigern.

„Letztendlich hätte der Betriebsstreik dazu geführt, dass wir in einem harten Konkurrenzkampf unsere Marktpositionen verloren hätten“, sagte Roman Golowtschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1601640559_53016_big.jpg

de.sputniknews.com: **Hauptsache ist, Mensch zu bleiben: Omsker Ärzte äußern sich zu Nawalnys Vorwürfen**

Die rasche Genesung von Alexej Nawalny deutet darauf hin, dass es den russischen Ärzten trotz des Aufsehens und der ständigen Einmischung in ihre Arbeit durch Dritte gelungen ist, sein Leben zu retten. Dies ist einer Erklärung der regionalen Zweigstelle der Gewerkschaft der Mitarbeiter des Gesundheitswesens Omsk von Freitag zu entnehmen.

„Nur die medizinische Barmherzigkeit und das Verständnis, dass der Patient vor nicht allzu langer Zeit eine schwierige Phase in seinem Leben durchgemacht hat, halten uns von den härtesten Einschätzungen des Gesagten und von Verfahrenshandlungen ab. Die Beleidigung wurde nicht nur den Ärzten eines einzelnen Krankenhauses, sondern auch der gesamten Omsker Medizin zugefügt. (...) Die Tatsache, dass Herr Nawalny heute schnell zu einem aktiven Leben zurückkehrt, zeigt gerade, dass sein Leben in Omsk gerettet wurde“, heißt es in

der Erklärung von Freitag.

Damit reagierten die Ärzte auf Nawalnys Äußerungen gegenüber dem „Spiegel“ am Donnerstag, der unter anderem sagte, dass die Leute, die sich Ärzte nennen würden, hätten warten wollen, bis er tot sei. „Diese Leute gehören vor Gericht für ein faires Verfahren“, fügte er hinzu.

Der Fall des Patienten Nawalny habe sich als außergewöhnlich erwiesen, so die Ärzte, doch sei er nicht der einzigartigste, nicht der schwierigste und nicht der interessanteste, den die Mitarbeiter des Omsker Notfallkrankenhauses Nr. 1 gehabt hätten.

„Natürlich muss Alexej Nawalny noch überdenken, was passiert ist, wie auch seine Gewohnheiten anpassen, mehr auf seine Gesundheit achten. Unserer Meinung nach besteht die Hauptsache auf diesem Weg darin, einen gesunden Geist zu bewahren, die Realitäten des Lebens nüchtern einzuschätzen und Mensch zu bleiben“, resümierten die Ärzte. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/15/327769104_0:124:3072:1786_1000x080_0_1_4847053a90db8e39d7574f623bc01498.jpg

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Deutschland, Frankreich und weitere Länder fordern bei Uno Aufklärung von Russland**

Frankreich, Estland, Deutschland, Belgien und Großbritannien haben in einem Schreiben an die Uno gefordert, dass Russland „dringend die Umstände des Anschlags“ auf Alexej Nawalny offenlegt.

Die fünf Länder bezeichneten den angeblichen Einsatz der C-Waffe gegen den russischen Blogger als eine „Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit“.

„Wir fordern die Russische Föderation auf, die Umstände dieses Angriffs unverzüglich, vollständig und transparent offenzulegen und den Sicherheitsrat diesbezüglich zu informieren“, hieß es im Schreiben.

Russland hat bereits mehrmals westliche Partner sowie die Organisation für das Verbot chemischer Waffen zur Kooperation im Fall Nawalny aufgefordert. Wie der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, braucht Moskau die Informationen aus Berlin und Paris, hat aber bislang keine Antwort auf seine Rechtshilfesuche erhalten. Dies würde die Aufklärung erschweren. Dabei betonte Peskow, dass die Ermittlungen de-facto bereits aufgenommen wurden. De-jure können sie aber erst nach den Belegen, dass ein Giftstoff eingesetzt worden war, aufgenommen werden.

Auch der russische Botschafter bei der Uno, Wassili Nebensja, sagte, die europäischen Länder sollten besser mit den russischen Behörden kooperieren, anstatt „Briefe zu schreiben“. ...

Mil-lnr.su: Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. W. Leschtschenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 26. September bis 2. Oktober

2020

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer 13-mal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt.

Am 30. September haben Kämpfer von den Positionen des 2. Bataillons der 14. Brigade aus dem Gebiet von Nowotoschkowskoje in Richtung **Donezkij** sieben Schüsse mit Granatwerfern und 12 Schüsse mit großkalibrigen Schusswaffen abgegeben.

In Richtung **Beresowskoje** wurden von den Positionen des 2. Bataillons der 14. Brigade im Gebiet von Orechowo zehn Schüsse mit Schusswaffen abgegeben.

In Richtung Popasnaja wurden von den Positionen des 1. Bataillons der 30. Brigade im Gebiet von Solotoje-4 12 nicht zielgerichtete Schüsse in Richtung **Solotoje-5** abgegeben.

In Richtung Swetlodarsk haben Kämpfer einen Schuss mit einem Granatwerfer in Richtung **Logwinowo** abgegeben.

Außerdem wurden **neun Detonationen auf den Positionen der 25. Brigade im Gebiet von Waluskoje, Kondraschewskaja-Nowaja und Staniza Luganskaja** infolge technischer Arbeiten festgestellt, außerdem Detonationen auf den Positionen des 2. Bataillons der 14. Brigade im Gebiet von Orechowo, des 1. Bataillons der 24. Brigade im Gebiet von Luganskoje.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten**, was den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen verletzt.

In der letzten Woche wurde folgende Stationierungen von getarnter Militärtechnik der ukrainischen Besatzer von unserer Aufklärung entdeckt:

in Krjakowka – zehn Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug;

in Gorskoje – zwei Schützenpanzerwagen und ein Abwehrgeschütz;

in der Nähe von Wesjoloje wurden drei Abwehrraketenkomplexe festgestellt.

Weiterhin kommen Mittel der elektronischen Kreigsführung zur **Blockade von OSZE-Drohnen** zum Einsatz. Außerdem werden Minenwarnschilder aufgestellt, um Patrouillen der OSZE zu verhindern. ...

Allein im September 2020 betrug die nicht kampfbedingten Verluste in den Truppenteilen und Verbänden der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ 15 Tote und 51 Verletzte.

In der letzten Woche betrug die nicht kampfbedingten Verluste: einen Toten und neun Verletzte. ...

de.sputniknews.com: **EU beschließt Sanktionen gegen Minsk – Laut Merkel „wichtiger, aber auch überfälliger“ Schritt**

Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, hat die Einigung der EU-Staaten auf Sanktionen gegen Weißrussland bestätigt.

Die Länder hätten die Strafmaßnahmen implementiert, sagte Michel bei einer Pressekonferenz. Es bestehe eine Liste mit 40 Personen, die von Sanktionen betroffen würden.

Offiziell sollen die Maßnahmen nach einer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Wie eine EU-Quelle gegenüber Sputnik bekannt gab, soll dies am Freitag geschehen.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich erleichtert, dass sich die EU-Staaten nach langem Ringen nun doch auf mögliche Sanktionen gegen Minsk verständigen konnten. Es sei „wichtig, aber auch überfällig“ gewesen, nach der zwischenzeitlichen Blockade hier zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, sagte Merkel der dpa zufolge am Freitag zum Abschluss des EU-Gipfels in Brüssel. In der Nacht hatte sie bereits von einem „sehr wichtigen Signal“ in dieser Frage gesprochen.

Der Beschluss möglicher Strafmaßnahmen gegen Unterstützer des umstrittenen

belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko sei ein dringend notwendiges Zeichen, „weil es aus meiner Sicht diejenigen stärkt, die sich für Meinungsfreiheit einsetzen“, so die CDU-Politikerin.

Gleichzeitig hätten die Gipfelteilnehmer deutlich machen können, dass „die berechtigten Anliegen“ Griechenlands und Zyperns mit berücksichtigt worden und weiter konstruktive Gespräche mit der Türkei möglich seien.

„Dass das keine einfache Diskussion ist, konnte erwartet werden“, sagte Merkel.

Die EU-Sanktionen sollen Menschen treffen, die nach der Einschätzung der Europäischen Union in Wahlbetrug und Gewalt gegen Demonstranten in Weißrussland verwickelt sind. Ein einheitlicher Beschluss scheiterte zuvor am Widerstand von Zypern. Die Europäische Union erkennt das Ergebnis der Präsidentenwahl in Weißrussland nicht an und verurteilt das harte Vorgehen gegen die Protestierenden im Land. ...

dnronline.su: Spezialisten des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ haben die Situation mit dem Energiesystem der Republik nach den tobenden Unwettern stabilisiert. Störungs- und Reparaturbrigaden haben in zwei Tagen eine enorme Menge an Wiederaufbauarbeiten durchgeführt, an beschädigten Stromleitungen arbeiteten gleichzeitig etwa 300 Energietechniker, es wurden etwa 100 Stück Spezialtechnik eingesetzt, teilt das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Einige Stromleitungen mussten mehrfach repariert werden, weil stürmischer Wind Böen von 25 Metern pro Sekunde leicht große Äste abriss und Bäume umwarf, was auch die Hauptursache für die Schäden an den Stromleitungen war.

Am morgen des heutigen Tages gab es in der Republik eine sozial wichtigen Objekte ohne Stromversorgung, von 73.370 Haushaltsverbrauchern, die aufgrund der Unwetter keinen Strom hatten, warten noch 625 auf den Anschluss. 500 in Schachtjorsk, 106 in Tores, 13 im Jasinowataja-Bezirk und 6 in Gorlowka.

Die Arbeiten gehen weiter und werden in der nächsten Zeit abgeschlussen.

Wir erinnern daran, dass in der Folge der Unwetter 5 Hochspannungsleitungen, 103 Stromleitungen abgeschaltet wurden, 783 Transformatorunterstationen und Verteilungspunkte hatten keinen Strom. 73.370 Haushalte in verschiedenen Bezirken der DVR hatten keinen Strom.

Bereits am ersten Tag, bei andauerndem ungünstigen Wetterbedingungen, wurde die Stromversorgung für 53.565 Haushalte und Dutzende sozialer Objekte der Republik wieder in Betrieb genommen.

Derzeit funktioniert das Energiesystem der DVR normal.

deu.belta.by: Außenministerium über Sanktionen gegen Belarus: EU grenzt ihren Nachbarstaat aus

Mit der Einigung des EU-Rates auf Sanktionen gegen Belarus hat die Europäische Union ihren Nachbarn ausgegrenzt. Das geht aus einer Erklärung des belarussischen Außenministeriums hervor.

„Belarus hat sich in den letzten Jahren sehr aktiv und konsequent dafür eingesetzt, die Beziehungen zur EU im Kontext der regionalen Sicherheit zu stärken. Dieses Engagement brachte seine Früchte, die positiven Ergebnisse dieser Bemühungen waren auf beiden Seiten zu spüren. Das steht fest. Fest steht aber auch: Um ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Belarus abzuschließen, reichte der EU ein ganzes Vierteljahrhundert nicht aus. Um aber die Sanktionen zu verhängen, genügten nur ein paar Wochen. Ohne die Urlaubsferien hätte die EU die Sanktionen wohl viel schneller beschlossen“, heißt es im Dokument.

Außer den Sanktionen habe die EU ihrem Partner tatsächlich nichts anzubieten. „Wird jetzt jeder Staat, der sich aufrichtig um die Verbesserung bilateraler Beziehungen bemüht, aber

keine Mitgliedschaft im Club der EU-Staaten anfleht, auf diese Art und Weise „belohnt“?, so der Text.

Das Außenministerium wirft der EU vor, die Politik des „pro-demokratischen Totalitarismus“ zu betreiben. Nicht nur Meinungen, Einzelheiten und Nuancen, sondern offensichtliche Fakten würden von vornherein abgelehnt, wenn sie nicht im Einklang mit der „richtigen Ideologie“ stünden, heißt es in der Erklärung. Die EU-Funktionäre seien sich sehr wohl bewusst, dass sich solche Einschränkungen letztendlich auf einfache Bürger, ihre Sicherheit, auf Wohlstand und Wirtschaft auswirke. Diese Doppelmoral der EU-Bürokratie schrecke ab und mache viele sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union stutzig. In diesem Zusammenhang scheine der Brexit durchaus verständlich zu sein.

Die Strafmaßnahmen gegen Belarus wurden im Grunde genommen deswegen verhängt, weil das Land jene ultimativen Forderungen nicht erfüllt hat, denen kein souveräner Staat, der etwas auf sich hält, jemals nachkommen würde.

Das Außenministerium hofft trotzdem darauf, dass der politische Wille und der gesunde Menschenverstand eines Tages über das genetisch verfaulte Sendungsbewusstsein und die Aufteilung der Staaten auf „alte und neue Welt“ siegen werden. Bedauerlich ist, dass es die unmittelbaren Nachbarstaaten sind, die sich um die Verschlechterung der Beziehungen mit Belarus bemühen, wo sie doch an einem stabilen, unabhängigen, souveränen und prosperierenden Belarus interessiert sein sollten.

„In allen Jahren seines Bestehens hat Belarus ständig bewiesen, dass es den grundlegenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts und der Schlussakte von Helsinki treu geblieben ist. Belarus tritt für das souveräne Recht auf Gleichberechtigung, friedliche Beilegung von Auseinandersetzungen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ein“, geht aus dem Text hervor.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1601647897_53025_big.jpg

de.sputniknews.com: **Europäische Union schließt Ausweitung von Sanktionen gegen Belarus nicht aus**

Die Europäische Union ist laut Josep Borrell bereit, die Sanktionen gegen Belarus (Weißrussland) auszuweiten, wenn sich die Situation dort nicht verbessern sollte. Dies schrieb der Chef der europäischen Diplomatie auf seinem Twitter am Freitag.

„Die EU ist bereit, mehr Einschränkungsmaßnahmen einzuführen, wenn sich die Situation nicht verbessert“, schrieb er.

Borrell brachte auch erneut die Position der Europäischen Union zum Ausdruck, die darauf abziele, die demokratischen Rechte und Freiheiten der belarussischen Bevölkerung zu

unterstützen.

„Wir verurteilen auch die Verfolgung und Gewalt gegen Menschen, die ihre Grundrechte ausüben“, fügte er hinzu.

Die EU hat am Freitag nach Veröffentlichung in einer offiziellen Zeitschrift offiziell zusätzliche Einzelsanktionen gegen belarussische Beamte verhängt, die in Europa als an Gewalt gegen Demonstranten beteiligt gelten und die die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen manipuliert haben sollen. In die Liste sind vierzig Personen geraten, hauptsächlich Sicherheitsbeamte und Vertreter von Wahlgremien, einschließlich der Chefs des Innenministeriums, der Zentralen Wahlkommission und des Zentralen Exekutivkomitees des Landes.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/14/327968648_0:386:3072:2048_1000x080_0_1_9420f2104625c9c42a495fc06122bbd9.jpg

de.sputniknews.com: **Weißrussland fordert von Polen und Litauen Verringerung der Zahl ihrer Diplomaten**

Weißrussland hat Polen und Litauen aufgefordert, ihre diplomatische Präsenz im Land zu reduzieren. Dies sei laut dem Außenministerium in Minsk auf die „unfreundlichen Bewegungen“ der beiden Staaten zurückzuführen.

„Wir haben lange und geduldig alle eindeutig unfreundlichen Bewegungen in Bezug auf unser Land seitens Polens und Litauens beobachtet. (...) In diesem Zusammenhang haben wir heute die Botschafter Polens und Litauens einbestellt“, sagte der Pressesprecher des weißrussischen Außenministeriums, Anatolij Glas.

Darüber hinaus forderte Minsk Polen und Litauen auf, die Zusammensetzung ihrer diplomatischen Vertretungen bis zum 9. Oktober 2020 mit jenen von Weißrussland in Einklang zu bringen und die Zahl der Diplomaten auf 18 bzw. 14 zu reduzieren.

Minsk habe Warschau und Vilnius aufgerufen, „die aktuellen Ereignisse umsichtig, objektiv und gründlich zu bewerten, die Bedeutung des Dialogs mit den Nachbarn zu begreifen, die Interessen der Bürger beiderseitig zu respektieren und die Stabilität in der Region zu wahren.“ Als Reaktion stoße Weißrussland auf „freche Versuche“ dieser Länder, eigene Interessen durchzusetzen und sich in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands einzumischen. Polen und Litauen ignorieren laut dem Sprecher „grundlegende souveräne Rechte Weißrusslands“ und finanzieren „offen extremistische Aufrufe und Handlungen“.

Weißrussland hatte zuvor mehrmals erklärt, dass Protestaktionen nach den Präsidentschaftswahlen aus dem Ausland finanziert würden. Unter den Ländern, aus denen die Demonstrationen koordiniert werden, nannte Minsk Polen, Tschechien, Litauen und die Ukraine.

abends:

deu.balta.by: **Außenministerium führt Sanktionen gegen besonders tendenziöse EU-Politiker ein**

Belarus führt Sanktionen gegen jene EU-Politiker ein, die sich gegenüber Belarus besonders voreingenommen und tendenziös verhalten. Das sagte Pressesprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Anatoli Glas heute vor Journalisten.

„Wie vorab angekündigt, führt das Außenministerium der Republik Belarus ab heute Visa-Sanktionen gegen besonders voreingenommene und tendenziöse EU-Beamte ein. Es handelt sich um eine symmetrische Liste. Wir werden sie vorläufig nicht veröffentlichen“, erklärte Glas.

Die Liste von Personen, denen die Einreise nach Belarus verwehrt wird, gilt auch in Russland und in anderen Staaten, mit denen Belarus Integrationsabkommen abgeschlossen hat. ...

de.sputniknews.com: **Weißrussische Oppositionelle Tichanowskaja bei Merkel und Maas**

Die weißrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja trifft am kommenden Dienstag (15.00 Uhr) in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Zentrales Thema sei die Lage in Weißrussland, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer am Freitag in Berlin nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur.

Am Mittwochvormittag will sich Tichanowskaja dann zu einem Meinungsaustausch mit Außenminister Heiko Maas treffen. Auch mit Grünen-Abgeordneten will sie am Dienstagnachmittag sprechen.

Bereits am Vortag hatte die 38-jährige Politikerin in Litauen zum Machtkampf mit Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko gesagt:

„Wir werden mit Angela Merkel über die Lage in Belarus sprechen und die Möglichkeit, dass sie eine vermittelnde Rolle bei den Verhandlungen über Neuwahlen in Belarus spielt.“

Zugleich betonte Tichanowskaja der Nachrichtenagentur BNS zufolge, dass auch Russland an Verhandlungen teilnehmen solle. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/02/328064139_0:135:2438:1454_1000x080_0_1_29406ee606562f6f8cbe1d50b0df16e6.jpg

sputnik.by: **Russland wird automatisch auch belarussische Vergeltungsmaßnahmen anwenden – Sacharowa**

Die EU-Sanktionen gegen Belarus werden in Moskau als „offener und inakzeptabler Druck auf die belarussischen Behörden“ angesehen.

Die Gegenseanktionen Weißrusslands gegen die Europäische Union werden automatisch auch in Russland angewendet, so der Kommentar der offiziellen Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, der auf der Website des diplomatischen Dienstes veröffentlicht wurde.

„Anstatt eine konstruktive Rolle zu spielen und zur Stabilisierung der Situation in Belarus beizutragen, hat die Europäische Union beschlossen, dem Beispiel einzelner Mitgliedstaaten zu folgen, die dazu neigen, die innenpolitische Situation in Belarus weiter zu ‚rocken‘. Wir fordern die EU auf, über die gefährlichen Folgen einer solchen Linie nachzudenken“, sagte Sacharowa.

Sie machte darauf aufmerksam, dass die in Kraft getretene belarussische Liste der Gegensanktionen in Russland automatisch angewendet wird.

Sacharowa betonte, dass Moskau die EU-Sanktionen gegen Belarus als rechtswidrig betrachte und sie gegen den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten verstießen.

Sie fügte hinzu, Moskau betrachte diesen Schritt als „offenen und inakzeptablen Druck auf die belarussischen Behörden, die sich bemühen, die Situation im Land zu normalisieren“.

Die Sprecherin des Außenministeriums stellte fest, dass die in der EU getroffenen Entscheidungen in Bezug auf Weißrussland gegen eines der Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte der KSZE in Helsinki verstoßen - Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. ...